



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Patzelt, Julius: Die österreichischen Reichsratswahlen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die österreichischen Reichsratswahlen

Von Julius Paßelt in Wien



S gehört zur Tradition österreichischer Regierungskunst, unbequeme Fragen nicht zu lösen, sondern beiseite zu schieben, auch wenn dadurch andre, neue Schwierigkeiten geschaffen werden. Als unter dem letzten Ministerium Gautsch die nationalen Gegenätze das österreichische Abgeordnetenhaus wieder arbeitsunfähig zu machen drohten, hörte man plötzlich vom Regierungstisch aus verkünden, daß die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts unvermeidlich geworden sei; die letzten Jahre hätten gezeigt, daß in dem Klassenparlamente die nationalen Streitfragen immer in dem Vordergrund stünden, durch die Demokratisierung des Wahlrechts aber würden die sozialen Fragen vorangestellt und damit der parlamentarische Boden wieder fruchtbar gemacht werden. Alle einsichtigen Leute schüttelten damals bedenklich den Kopf und rieten von einem Experiment ab, das die nationalen Streitfragen nicht nur nicht aus dem österreichischen Reichsrat ausschalten, sondern ihnen im Gegenteil noch ein neues zersetzendes Ferment hinzufügen würde. Besonders in deutschen Kreisen sträubte man sich gegen die geplante Wahlreform, von der man fürchtete, daß sie dem österreichischen Deutschtum eine starke Einbuße an seiner politischen und nationalen Machtstellung bringen werde. Aber alle Warnungen und Beschwörungen waren vergeblich, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wurde beschlossen, frohen Mutes zogen die bürgerlichen Parteien und die Regierung in den Kampf, die Hauptschlacht aber, die am 14. Mai geschlagen wurde, endete mit einer Katastrophe.

Noch zwei Tage vor dem Hauptwahltag hatte der Kaiser einem hohen Funktionär gegenüber die sichere Erwartung geäußert, daß bei den Wahlen wohl nicht viel mehr Sozialdemokraten gewählt werden würden, als im alten Abgeordnetenhause saßen. Wie bitter wurde der greise Monarch enttäuscht! Im alten Abgeordnetenhause zählte man im ganzen 11 sozialdemokratische Abgeordnete, am 14. Mai aber eroberten die Sozialdemokraten gleich im ersten Anstürme 61 Mandate und kamen in mehr als 110 engere Wahlen, bei denen

sie sich noch 24 Mandate sicherten. Die empfindlichste Niederlage erlitt dabei die Regierung selbst. Der Unterrichtsminister unterlag in seinem alten Wahlbezirke, dem Eisenbahnminister und dem Handelsminister gelang es nur, in die engere Wahl zu kommen, die Parteien aber, die ihre Vertrauensmänner im Kabinett sitzen haben, wurden mit Ausnahme des Polenklubs auf der ganzen Linie geschlagen. Um von den Verheerungen einen Begriff zu bekommen, die die Sozialdemokratie bei der Hauptwahl unter den bürgerlichen Parteien angerichtet hat, muß man sich folgendes vergegenwärtigen: Im alten Abgeordnetenhaus waren die deutschen Bezirke durch 197 bürgerliche und 8 sozialdemokratische Abgeordnete, die Tschechen durch 85 Bürgerliche und 2 Sozialdemokraten vertreten gewesen. Durch die Wahlreform wurden nun der deutschen Bevölkerung 233 und der tschechischen 107 Mandate zugewiesen, von diesen aber vermochten sich die Deutschbürgerlichen bei der Hauptwahl nur 112 und die Tschechischbürgerlichen nur 17 Mandate zu sichern, während 33 deutsche und 22 tschechische Bezirke sozialdemokratisch wählten. Der im Gegensatz zu den tschechischen Wahlen verhältnismäßig günstigere Ausfall der Wahlen in den deutschen Bezirken ist darauf zurückzuführen, daß die Niederlage vom 14. Mai ausschließlich die liberalen Parteien traf. Während in den tschechischen Bezirken mit Ausnahme der schwachen tschechischklerikalen Partei nur liberale bürgerliche Parteien in den Wettbewerb mit der Sozialdemokratie traten, führte in den deutschen Bezirken hauptsächlich die christlichsoziale Partei den Kampf gegen die Sozialdemokratie, und zwar mit Erfolg. Von den 112 Mandaten, die den Deutschen in der Hauptwahl zufielen, errangen die Christlichsozialen, die im alten Abgeordnetenhaus 26 Sitze innegehabt hatten, 60, während sich die Deutschklerikalen (bisher 30) 28, die deutsche Volkspartei (45) nur 5, die Fortschrittspartei (30) 7, die Freialldeutsche (10) 3 und die Alldeutsche (Schönerer) Partei (15) gar kein Mandat zu sichern vermochten.

Um den niederschmetternden Eindruck des Ergebnisses der Hauptwahl einigermaßen abzuschwächen, beeilte sich die offiziöse Presse, die allerdings offenbare Niederlage der nationalradikalen Parteien als die ebenso charakteristische wie befriedigende Wirkung des allgemeinen Wahlrechts hinzustellen und die Bemerkung daran zu knüpfen, daß sich die Erwartung der Regierung, daß nunmehr die nationalen Streitfragen in den Hintergrund treten würden, und daß damit die Bahn für eine fruchtbare gesetzgeberische Arbeit frei werden würde, vollauf erfüllt habe. Daneben konnte man in Wiener Börsenblättern auch lesen, daß jetzt endlich die Zeit der Verwirklichung der wahrhaft demokratischen Ideen gekommen sei. Daß die offiziöse Presse die Niederlage der nationalen Parteien feierte, deren Vertreter zum Teil in dem gegenwärtigen Kabinett sitzen und ihm bisher den Charakter einer parlamentarischen Regierung verliehen haben, ist sicherlich sehr pikant, daß aber nun die „Zeit der Verwirklichung der wahrhaft demokratischen Ideen“ kommen soll, ist eine kindische Phrase. Ein gut Teil der Regierungstruppen ist ja am 14. Mai aufgerieben

worden, das gegenwärtige Kabinett ist also gar kein parlamentarisches Kabinett mehr, die Frage aber, aus welchem Material ein andres parlamentarisches Kabinett zu bilden sei, ohne das die Verwirklichung der „wahrhaft demokratischen Ideen“ aber bekanntlich nicht möglich ist, vermag heute kein Mensch zu beantworten, weil sie gar nicht beantwortet werden kann, da das neue österreichische Abgeordnetenhaus ungefähr dasselbe Bild bieten wird wie der deutsche Reichstag vor seiner letzten Auflösung.

Der Ausfall der engern Wahlen ändert nichts daran, da die bürgerlichen Parteien, besonders die deutschen, ihre Verluste vom 14. Mai nur teilweise wettzumachen vermochten. Die Stärke der deutschen Fraktionen ist demnach folgende: 67 Christlichsoziale, 29 Deutschklerikale, 28 deutsche Volkspartei, 19 Fortschrittler, 12 Freialldeutsche, 5 Alldeutsche und 17 Agrarier. Der Sozialdemokratie sind nicht weniger als 49 deutsche Mandate zugefallen, davon etwa 10 infolge eines stillschweigenden Kompromisses zwischen den Sozialdemokraten und den Fortschrittlern und der deutschen Volkspartei bei den engern Wahlen, während die bürgerlichen Tschechen, die sich geeinigt hatten, bei den Stichwahlen nur noch 1 Mandat an die Sozialdemokratie verloren.

Noch bevor es zu den engern Wahlen kam, hatte sich gezeigt, daß auch der schwache Trost, der der Regierung nach dem 14. Mai übrig geblieben war: die Schwächung der nationalradikalen Elemente — auf einem Irrtum beruhte. Am Pfingstsonntag veröffentlichte die tschechoslawische sozialdemokratische Partei ein Manifest an die Tschechen Böhmens, Mährens und Schlesiens, worin sie sich in nationaler Beziehung zu allen den nationalen Grundsätzen und Forderungen bekennt, die die bürgerlichen nationalen tschechischen Parteien bisher in und außerhalb des Parlaments vertreten haben, und deren Vertreibung bekanntlich die vieljährige innerpolitische Krise hervorgerufen hatte, der schließlich das alte Klassenparlament zum Opfer gefallen ist. Aus dieser programmatischen Stellung der tschechischen Sozialdemokratie geht hervor, daß die nationale Frage mit nichten aus dem Reichsrat verschwinden, sondern das allgemeine Wahlrechtsparlament genau so beschäftigen wird wie das alte Klassenparlament. Ebenso wie aber die Polen auch im neuen Parlament als nationalpolitische Einheit auftreten werden, werden es auch die bürgerlichen Tschechen, deren einzelne Fraktionen schon über ihren Zusammenschluß zu einer einheitlichen parlamentarischen Organisation verhandeln, die schon mit Rücksicht auf die nationale Stellung der tschechischen Sozialdemokratie von ihren nationalen Forderungen nicht ein Titeltchen aufgeben wird. Das schließt aber die Möglichkeit der Bildung einer festen parlamentarischen Mehrheit aus der Gesamtheit der bürgerlichen Deutschen, Tschechen und Polen aus, ebenso unmöglich ist aber auch die Erzeugung des einen oder des andern dieser drei Elemente durch die andern kleinern parlamentarischen bürgerlichen Parteien. Aber auch an eine Majoritätsbildung auf rein politischer liberaler oder konservativer Grundlage ist nicht zu denken, da ihr das durch das Anschwellen

der Sozialdemokratie geförderte Streben der bürgerlichen Parteien nach nationaler Konsolidierung entgegensteht. Auf jeden Fall wird die 85 Mann starke sozialdemokratische Partei immer in der Lage sein, bei allen wichtigen Fragen den Ausschlag zu geben, und es in der Hand haben, durch Unterstützung der jeweiligen Opposition die Bildung einer Mehrheit für die Regierung unmöglich zu machen. Möglich, daß sich in den Flitterwochen des neuen Hauses dieser Zustand noch nicht in seiner ganzen Schärfe fühlbar machen wird, über kurz oder lang wird sich aber die Regierung gezwungen sehen, die „Verwirklichung der wahrhaft demokratischen Ideen“ damit zu beginnen, daß sie den Paragraphen 14 wieder hervorruft, das kaiserliche Notverordnungsrecht. Fürs erste wird man sich damit wohl über die Schwierigkeiten des Augenblicks hinweghelfen, auf die Dauer aber wird damit doch nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie getrieben werden, die nicht zögern wird, die Beseitigung des Paragraphen 14 zum Gegenstand einer wirksamen und am letzten Ende gegen die Krone gerichteten Agitation zu machen. Nachdem sich der Kaiser wiederholt für das allgemeine gleiche Wahlrecht und die Konstituierung einer wirklichen Volksrepräsentation ausgesprochen hat, wird es ja ein leichtes sein, den Massen begreiflich zu machen, daß die Beiseiteschiebung dieses Volksparlaments durch das kaiserliche Notverordnungsrecht ein Wortbruch von seiten der Krone und eine Verabung des Volks um sein schwer errungenes Recht am Parlament wäre.

Rechnet man nun hinzu, daß in dem neuen Hause noch viel weniger als im alten an die Revision der völlig unzureichenden Geschäftsordnung zu denken sein wird, dann muß man zu dem Schlusse kommen, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts entweder eine Farce war, mit Hilfe deren man zur vollständigen Zersetzung des Parlaments und damit zu einer leichtern und bequemern Handhabung des Paragraphen 14 zu gelangen glaubte, oder aber ein verhängnisvoller Irrtum — in beiden Fällen ein herostratisches Beginnen, vor dessen Wirkungen besonders die Deutschen Österreichs allen Grund haben, auf ihrer Hut zu sein.

Der Inhalt des erwähnten Manifestes der tschechoslawischen Sozialdemokratie bestätigt durchaus, was ich schon im vorigen Jahre in den Grenzboten bei Besprechung der österreichischen Wahlrechtsfrage ausgeführt habe, daß die Gefahr der Demokratisierung des Wahlrechts in nationaler Hinsicht für die Deutschen Österreichs weit größer ist als für die Tschechen. Was macht es aus, daß die bürgerlichen tschechnationalen Parteien durch das allgemeine gleiche Wahlrecht nahezu zerschmettert worden sind, wo die tschechische Sozialdemokratie ihre nationalen Forderungen in ihrem ganzen Umfange und in aller ihrer Schärfe aufgenommen hat. Die deutschösterreichische Sozialdemokratie, in deren Führung im Gegensatz zu der slawischen das international-jüdische Element überwiegt, hat bisher noch nicht die leisesten nationalen Regungen gezeigt und wird, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft im Interesse der Aufrechterhaltung der Solidarität des Proletariats den tschechischen Genossen nachgeben, wenn sie dem bürgerlichen Slaventum in

seinem Kampfe gegen das Deutschtum zu Hilfe eilen. Es ist deshalb nicht unmöglich, daß es vorübergehend zur Bildung einer slawischbürgerlichen sozialdemokratischen Kombination im Abgeordnetenhaus kommen kann zum Zwecke einer Regelung der Nationalitätenfrage im Sinne einer nationalen Vergewaltigung der Deutschen. In dieser Möglichkeit liegt aber für die Deutschen der Schwerpunkt der durch die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts geschaffnen Situation, und die beständige Gefahr einer solchen Entwicklung vor Augen, ist es für die Deutschen in Österreich heute ein Gebot nationaler Selbsterhaltung, durch den taktischen Zusammenschluß aller ihrer bürgerlichen Parteien in allen nationalen Fragen ihre nationalpolitische Einheit zu gewinnen. Ob clerikal oder liberal, ob freisinnig oder christlichsozial, muß für sie belanglos sein gegenüber der Gefahr, zwischen der Sozialdemokratie und dem Slaventume zerrieben zu werden. Es wäre nichts törichter, als, wie das von seiten der Börsenpresse befürwortet wird, die Deutschen Österreichs heute in zwei Blocks: einen liberalen und einen konservativen zu scheiden. Vielleicht wäre dann unter Umständen die Möglichkeit einer parlamentarischen Majoritätsbildung gegeben, aber immer nur auf Kosten der Deutschen, deren linker oder rechter Flügel sich den Eintritt in die Majorität mit nationalen Zugeständnissen an die Slawen würde erkaufen müssen, wie das ja früher der Fall war. Nur wenn die deutschen Parteien in wahrhaft deutscher Gemeinschaft miteinander verbunden sind, werden sie der Versuchung, mit nichtdeutschen Parteien ein Sonderbündnis einzugehen, widerstehen, nur wenn sie eine taktische Einheit im neuen Abgeordnetenhaus bilden, werden sie der Gefahr einer Lösung der Nationalitätenfrage gegen die Deutschen vorbeugen, und nur wenn sie statt erbitterten Fraktionshasses, der bisher ihr Verhältnis untereinander ausgezeichnet hat, der Geist nationaler Solidarität beherrscht und ihre politischen Meinungsverschiedenheiten mildert, werden sie imstande sein, bei spätern Wahlen die Verluste wettzumachen, die ihnen die Sozialdemokratie am 14. Mai beigebracht hat, denn es läßt sich nicht verkennen, daß die Niederlage, die die deutschen nationalliberalen Parteien diesmal erlitten haben, zum großen Teile auf den Widerwillen zurückzuführen ist, den die deutsche Wählerschaft ob des unfruchtbaren parteipolitischen Gezänks dieser Fraktionen in immer steigendem Maße empfand.

Die Aufgabe der Deutschen in Österreich ist heute, das werden sie erkennen müssen, wenn das Deutschtum die Krise, die das allgemeine gleiche Wahlrecht heraufbeschworen hat, überstehen soll, keine politische, sondern eine rein nationale. Nicht darauf kommt es an, ob die Deutschen in Österreich eine liberale oder eine konservative Politik machen sollen, sondern darauf, daß sie eine deutsche Politik machen, eine solche hat aber die Zurücksetzung aller politischen Meinungsverschiedenheiten unter ihnen und ihre Konsolidierung zu einer nationalpolitisch einheitlichen Organisation zur Voraussetzung, zu einer Organisation, die alle Deutschen Österreichs umfaßt und einen Unterschied zwischen Deutschen erster und Deutschen zweiter Klasse nicht kennt. Im neuen

Abgeordnetenhaus verfügen sie nicht mehr über nahezu die Hälfte der Mandate wie im alten, sondern nur noch über 177 von 516 Stimmen, also nur über ein knappes Drittel aller Mandate. Trotzdem liegt es noch in ihrer Hand, jeden Angriff auf das Deutschtum abzuwehren, wenn sie einig sind.



Der Seeweg nach Köln

Von Gustav Stein in Duisburg



or wenigen Wochen verkündeten die Zeitungen, daß das Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit den Vorarbeiten für eine Vertiefung des Rheins bis Köln beschäftigt sei, die größern Seedampfern die Fahrt nach Köln ermöglichen solle. Auch ein Seehafen werde dort erbaut werden. So würde also dem Traume des Kölner Handelsstandes und seiner Vertreterin, der Kölner Handelskammer, in absehbarer Zeit die Verwirklichung in Aussicht stehen, daß der Kölner Seehafen auch dem großen Seeverkehr eröffnet werde.

Am überraschendsten ist die Nachricht jedenfalls den Kölnern selbst gekommen. Wenigstens ist nicht bekannt geworden, daß Köln in der letzten Zeit seine früheren, auf dieses Ziel hinstrebenden Anträge wieder aufgenommen und mit besonderm Nachdruck vertreten hätte. Da liegt denn die Vermutung nahe, daß die Initiative diesmal nicht von Köln ausgegangen, sondern daß der Urheber des Gedankens im Ministerium der öffentlichen Arbeiten selbst zu suchen sei. Weiß man doch, daß sich dort ein „Wasserstraßenfreund“ lebhaft für die Hebung der deutschen Flußschiffahrt interessiert. Dann aber tritt auch die wirkliche und leitende Absicht jener Zeitungsnachricht für jedermann offen zutage: der Rheinschiffahrt soll an diesem ersten Beispiele vor Augen geführt werden, welche Aussichten sich der Verbesserung des Rheinstroms eröffnen, wenn Binnenschiffahrtsabgaben zur Einführung gelangen, und daß es nicht im Interesse der Rheinschiffahrt liege, den Widerstand gegen die Schiffahrtsabgaben fortzusetzen.

Man hat das Mittel unzweifelhaft gut gewählt, um den Schiffahrtsabgaben einige Freunde zu gewinnen. Die Schaffung eines Seeweges nach Köln hat in Köln zahlreiche Anhänger, und dem Gedanken wohnt eine gewisse, die Phantasie anregende Kraft inne, die imstande ist, die Kritik von den Schiffahrtsabgaben abzulenken, sie als erträglich, wenn nicht gar als nebensächlich erscheinen zu lassen. Kommen dann noch einige dunkle Andeutungen hinzu, daß der Güterumschlag von den ausländischen Seehäfen nach deutschen Seehäfen herübergezogen werde, so ist die öffentliche Meinung schon mehr den Schiffahrtsabgaben geneigt.

Es möge nun einmal die Frage der Rheinvertiefung für große Seeschiffe ganz unabhängig von den Schiffahrtsabgaben nach ihrer technischen und wirtschaftlichen Seite hin in einigen kurzen Zügen besprochen werden.